

Statt des 8. Bataillons mußte das 2. Bataillon ansetzen. Die Division mußte wegen schwerer Verluste kurz nach dem Einschlag wieder herausgezogen werden. Das 8. Bataillon des Infanterieregiments 885 wurde am 21. April beim Angriff auf das Waldstück westlich Morzeul aufgegeben. Ein Drittel des Bataillons wurde gefangen, der Rest ist tot oder verwundet. Die Verluste der 188. Division, die in der Schlacht bei Bailloulet zum zweiten Male eingesetzt wurde, sind so erheblich, daß diese Division nicht mehr als vollwertig anzusehen ist. Die 29. Infanterie-Division mußte die Geschützstärke ihrer Kompanien von 120 Mann auf 80 Mann herabsetzen. Auch die Verluste der 178. Division, die bereits zweimal eingesetzt wurde, sind sehr hoch.

Keine österreichischen Truppenbewegungen nach Westen. Die Wiener „Neue Freie Presse“ brachte kürzlich die Nachricht, daß von Oesterreich-Ungarn kürzlich große Truppenverschiebungen nach unserer Westfront stattgefunden haben. Diese Meldung ist aus der Luft gegriffen. Bisher sind keine derartigen Verschiebungen vorgenommen worden.

Amerikas Hilfe im Westen.

„Heute fand die aufregendste und erbitztste Debatte statt, die der Senat seit dem Eintritt Amerikas in den Krieg erlebt hat.“ Mit diesen Worten beginnt die „New Yorker Times“ in ihrer soeben eingetroffenen Nummer vom 27. März ihren Bericht über die „große“ Sitzung des Washingtoner Senats, die am vorhergehenden Tage stattgefunden hatte und in der gegen die amerikanische Regierung die Beschuldigung erhoben wurde, daß sie „in höchst beklagenswerter Weise ihre Pflicht bei der Vorbereitung der amerikanischen Kriegsteilnahme verabsäumt habe“. Die Opposition wurde geführt vom Senator Lodge. Er sagte ungefähr folgendes: Das Schicksal des Krieges hängt in der Waagschale. In dieser dunklen Stunde wäre es ein Verbrechen, dem amerikanischen Volke noch länger die Tatsachen zu verheimlichen, die der Feind bereits kennt. Seit mehreren Wochen wissen wir hier — und die Deutschen wissen es auch —, daß wir Amerikaner keine Kampfflugzeuge in Frankreich haben. Tatsache ist, daß wir nicht ein einziges Kampfflugzeug drüben haben. Die amerikanische Front in Frankreich ist ohne jegliche Luftverteidigung. Engländer und Franzosen brauchen für sich selbst jedes Flugzeug, das sie besitzen. Wir haben im vergangenen Jahre 40 Millionen Dollars für Flugzeuge ausgegeben und haben jetzt kein einziges Kampfflugzeug in Frankreich. Außer ein paar alten Klumpenflugzeugen haben wir auch keine Kanonen in Frankreich. Wir schließen mit französischen Kanonen. Der Senator Johnson von Kalifornien fragte darauf den Senator New, ob er ihm als Mitglied des Senatsausschusses für militärische Angelegenheiten mitteilen könne, welches Programm die Regierung mit Bezug auf die Lieferung von Flugzeugen bis zum 1. Juli 1918 habe. Senator New erklärte, daß das ursprüngliche Regierungsprogramm dahin gelaute hätte, daß bis zum 1. Juli 1918 12000 Kampfflugzeuge in Frankreich abgeliefert werden sollten. „Dann möchte ich den Herrn Senator bitten“, fuhr Senator Johnson fort, „mir zu sagen, falls er diese Frage ohne Verletzung eines Amtsgeheimnisses beantworten kann: Wie viele Flugzeuge wurden wirklich abgeliefert, oder wie viele wird die amerikanische Regierung am 1. Juli d. J. in Frankreich abliefern können?“ — „37“, erwiderte der Senator New. Bei diesen Worten ging eine starke Bewegung durch die Zuschauerгалerien des Senats.

Deutschland und Holland.

Ausprägung der deutsch-holländischen Beziehungen? Der „Waderland“ in Amsterdam schreibt: Unsere Beziehungen zu Deutschland fangen in den letzten Tagen an, Sorge zu erwecken. Von einem scharf zugespitzten Konflikt scheint noch keine Rede zu sein, wohl aber von Tatsachen, die zu denken geben. Sollte in Berlin eine Stimmung überhandnehmen, in welcher man mit unseren Hoheitsrechten nicht weiter mehr Rechnung hält, dann wird unser gesamtes Volk in seinem guten Recht darauf die für uns allein mögliche Forderung stellen und danach handeln. Die holländische Regierung möge mit großer Aufmerksamkeit darüber wachen, daß keine begründeten Klagen gegen uns ausgespielt werden können. Die gegenwärtige Regierung hat Holland beinahe 4 Jahre aus dem Kriege heraus zu halten verstanden. Ihre großen Verdienste gegenüber dem Volke sollten nicht vergessen werden, auch nicht, wenn sie selbst der Meinung sein sollte, daß sie beim Eintreten einer neuen Phase der Krise, die vielleicht kritischer ist als die bisher durchgemachten Stadien, die Staatsleitung lieber anderen Männern anvertraut sieht. In diesem Falle wird ein nationales Kabinett sobald wie möglich das Ruder des Staatsschiffes in die Hand nehmen müssen.

W. T. B. bemerkt dazu: Die Besorgnisse des „Waderland“ über die Stimmung in Berlin erscheinen uns übertrieben.

Die Stimmung in Holland.

In der deutsch-holländischen Krise schreibt „Hollandsblad“, man habe verlangt, daß der Senatorenkonvent der Zweiten Kammer von der Regierung eine Erklärung über die schwebenden Fragen verlangen sollte, und habe in diesem Zusammenhang an das vor einiger Zeit von dem Minister des Aeußern Doubon abgegebene Versprechen erinnert, daß er sich künftig in derartigen Fällen mit dem Parlament beraten wolle. Der jetzige Fall eigne sich aber nicht dazu. Der Minister hat zwar seinerzeit versprochen, sich mit dem Parlament in dringenden Fällen zu beraten. Im Augenblick liegt aber kein dringender Fall vor, denn es handelt sich lediglich um gewöhnliche Verhandlungen. Die Regierung könne demzufolge wenig mehr mitteilen, als was

die Blätter bereits mitgeteilt haben. Eine ernsthafte Entscheidung braucht im Augenblick nicht getroffen zu werden. Das Blatt bemerkt weiter, daß der beruhigende Ton der „Nordd. Allg. Ztg.“ viel besser angebracht sei, als die in Holland kursierenden Gerüchte, die tatsächlich aus britischer Quelle herrühren. Über solche Gerüchte kursieren in Haag und — es muß Deutschland gesagt werden — seien gerade deutsche Zeitschriften eifrig verbreitet worden.

Vom Elsaß-Lothringischen Parlament.

Die stummen Parlamentsleistungen.

Der Elsaß-Lothringische Landtag ist am 12. April zusammengetreten. Der Alterspräsident eröffnete die erste Sitzung der Zweiten Kammer mit kurzen Worten, ohne jede Bezugnahme auf die großen politischen Ereignisse ringsum. An der Präsidentenwahl nahmen von 60 Mitgliedern 47 teil. Von 47 Stimmzetteln erhielt der bisherige Präsident noch nicht die Hälfte. Neun waren unbeschrieben und nur 28 fielen wieder auf Dr. Ricklin. Er nahm die Wahl an. Unterstaatssekretär Köhler erläuterte kurz den Etat; stumm wurden seine Ausführungen angenommen und stumm wurde einem Antrag auf Verweisung des Etats an die Kommission zugestimmt. Als Grund für dieses Verhalten wird dem „Beobachter“ aus Straßburg geschrieben: „Das Schweigen war der Protest gegen den Statthalter, der vor Einberufung des Landtags mitgeteilt habe, daß über die Selbständigkeit oder die Zugehörigkeit des Landes zu einem anderen Bundesstaat nichts gesprochen werden dürfe.“

Am 18. April trat die reichslandische Zweite Kammer wieder zusammen. Um ein Viertel nach drei wurde die Sitzung eröffnet; um halb vier war alles vorbei. In dieser einen Viertelstunde nahm nur der Vertreter der Regierung das Wort. Eine Regierungsvorlage über die Anrechnung des Militärdienstes, des Kriegsdienstes und des vaterländischen Hilfsdienstes auf das Wehrdienstalter der Landesbeamten, der Lehrer an öffentlichen Schulen, der staatlich besoldeten Religionsdiener usw., sowie der Etat in zweiter Lesung wurden ohne jegliche Bemerkung seitens der Volksvertretung angenommen.

Die Vorgänge in Oesterreich.

Abtritt des Ministeriums Seidler bevorstehend.

Im österreichischen Parlament verlautete, daß das Kabinett Seidler beschloß, dem Kaiser die Gesamtkommission anzubieten. Ob sie angenommen werden wird, steht noch nicht fest. Doch spricht man viel von einem Kabinett des jetzigen Ackerbauministers Grafen Sillva-Tarouca.

Das österreichische Herrenhaus zum Kaiserbrief.

Die Mittelpartei und die Verfassungspartei des österreichischen Herrenhauses haben beschlossen, an den Präsidenten des Herrenhauses Fürsten zu Windisch-Grätz mit dem Ersuchen heranzutreten, im Laufe dieser Woche eine Vollziehung des Herrenhauses abzuhalten, damit sie eine Anfrage an die Regierung richten könnten. Der Präsident antwortete, daß er eine Debatte im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für angemessen halte. Infolgedessen wird diese Anfrage dem Ministerpräsidenten überreicht und zugleich der Öffentlichkeit übergeben werden.

Die Verfassungspartei und die Mittelpartei des Herrenhauses hielten Sitzungen ab, in denen gleichlautende Entschlüsse gefaßt wurden. Der Inhalt wird vorläufig geheim gehalten, doch verlautet, daß der Regierung der Vorwurf gemacht wird, sie hätte in der letzten Zeit die Krone über wichtige staatspolitische Vorgänge nicht genügend unterrichtet. In der Entschlußfassung wird außerdem betont, daß das Bundesverhältnis mit dem Deutschen Reich auch weiterhin die feste Grundlage unserer auswärtigen Politik zu bilden habe. Ferner soll darin verlangt werden, daß künftig bei Staatshandlungen die verfassungsmäßige Form streng eingehalten werde.

Der Präsident des Herrenhauses Fürst Alfred zu Windisch-Grätz richtete an den Ministerpräsidenten Seidler das schriftliche Ersuchen, seine Enthebung von diesem Amte an Allerhöchster Stelle zu erwirken. Als Grund des Abtritts wird die zweispaltige Auffassung betrachtet, die sich in der Angelegenheit von Herrenhaus-Sitzungen in dieser Woche ergeben hat. (Siehe oben.)

Eine Entschlüsselung der österreichischen Deutschradikalen.

In der Mittwoch-Sitzung der deutschradikalen Partei wurde folgende Entschlüsselung einstimmig angenommen: Die deutschradikale Partei kann nur eine solche Regierung unterstützen, die ersten Wirkschaft bietet, daß die auswärtige Politik vom verantwortlichen Minister des Aeußern unter Ausschluß aller Beeinflussungen von unverantwortlicher Seite in der bisherigen Richtung im engsten Einvernehmen mit dem verbündeten Deutschen Reich weitergeführt werde, und zweitens die Selbständigkeit und Selbstverwaltung Deutsch-Bohmens unter Durchsicherung der nationalen Abgrenzung verwirklicht.

Graf Czernins Einbild in den Kaiserbrief.

Das „Prager Tageblatt“ hatte die Mitteilung gebracht, Graf Czernin habe dem Obmann des Deutschen Verbandes, Professor Waldner, unter Ehrenwort erklärt, der Kaiserbrief sei in der von der französischen Regierung veröffentlichten Form eine Fälschung. Professor Waldner erklärte nun im „Prager Tageblatt“, Graf Czernin habe ihm eine solche Mitteilung unter Ehrenwort (sondern vielmehr gesagt, daß der Kaiser ihm, dem Grafen Czernin, Einsicht in die Kopie des in Betracht kommenden Briefes gemährt und daß Graf Czernin diese Kopie als politisch einwandfrei erklärt habe.

Rumänien und England.

Rumänien kein verbündeter Englands.

Nach einer Meldung, die die Schweizer Presse veröffentlicht, erklärte Minister Balfour vor einigen Tagen im Unterhaus, daß nach den zur Verfügung stehen-

den Nachrichten Rumänien noch ein verbündeter Staat Englands sei. (Wir haben darüber bereits berichtet. D. Red.) Hierüber befragt, äußerte sich der rumänische Minister des Aeußern Constantin Aron gegenüber dem Vertreter des Wolff-Büros folgendermaßen:

Die Erklärungen Mr. Balfours am 10. April im Unterhaus sind mir bekannt. Die Behauptung, daß das Bündnis zwischen Rumänien und Großbritannien noch bestehe, ist eine Ansicht, die auf keinem von der jetzigen rumänischen Regierung herrührenden amtlichen Dokument begründet ist. Nach Beendigung des Kriegszustandes kann Rumänien während der Friedensverhandlungen nur noch als ein neutraler Staat betrachtet werden. Dieser Zustand ist der einer tatsächlichen Neutralität, bis mit Unterstützung des Friedensvertrages die definitive Neutralität eintreten wird. In diesem für Rumänien so ungünstlichen Kriege, in dem es soviel edles Blut seiner Soldaten vergossen und soviel großes und schmerzliches Unglück gebracht hat, hat dieses Land der Entente mehr gegeben, als es von ihr empfangen hat. Seit Beginn der Friedensverhandlungen hat Rumänien ohne Schwanken und aufrichtig den Weg zur Neutralität beschritten. Die von Balfour angeführte Tatsache, daß Ihre Majestäten und die Regierung sich in Jassy befinden, kann daran nichts ändern. Dies ist der Standpunkt der jetzigen Regierung, die die schwere Aufgabe übernommen hat, Frieden zu schließen, und zwar einen solchen, der die zukünftige Existenz des Landes gewährleisten soll.

Bessarabiens Rückkehrung an Rumänien.

Neuer erzählt aus maßgebender rumänischer Quelle, daß die Auffassung, Rumänien habe Bessarabien als Ausgleich für die harten Friedensbedingungen erhalten, vollkommen falsch ist. Die Vereinigung von Bessarabien mit Rumänien wurde durch das bessarabische Volk als ein Akt der Selbstbestimmung beschlossen und hat nichts zu tun mit den Friedensbedingungen, ist vielmehr lediglich eine Jurisdiktion an Rumänien nach geschichtlichem, sozialem und ethnographischem Recht. Die Vereinigung von Bessarabien mit Rumänien entspricht dem Wunsche des bessarabischen Volkes und steht in Übereinstimmung mit allen Grundsätzen der Selbstbestimmung, wie Wilson sie verkündet hat. Es ist in keiner Weise ein deutscher Ausgleich.

Die Reform

der Ersten Sächsischen Kammer.

Die konservativen Forderungen.

Die Neuordnungskommission der Zweiten Kammer befaßte sich wieder mit der Reform der Ersten Kammer. Der Hauptberichterstatler Wobaus legte im allgemeinen dar, wie er sich die künftige Zusammenlegung der Ersten Kammer dachte. Abg. Rißke (Soz.) schloß sich dem an, während Mitberichterstatler Wg. Schmidt, Freiberg (Konf.), zum Ausdruck brachte, daß die konservativere Partei bereit sei, einige Arbeitervertreter zuzulassen und für diese besondere Wahlkörper einzusetzen. Redner unterbreitete für die Fassung des grundlegenden § 68 der Verfassungsordnung folgenden Vorschlag:

- 1. Die volljährigen Söhne des königlichen Hauses,
 - 2. der Besitzer der Herrschaft Wildenfels,
 - 3. die Besitzer der fünf sächsischen Regesherrschaften Glauchau, Waldenburg, Lichtenstein, Hartenstein und Stein durch einen aus ihrer Mitte,
 - 4. ein von der Universität Leipzig aus der Mitte ihrer ordentlichen Professoren gewählter Abgeordneter,
 - 5. ein von den Abteien Hochschule aus der Mitte ihrer ordentlichen Professoren gewählter Vertreter der technischen Wissenschaften,
 - 6. der evangelische Hofprediger als Vertreter des Kirchenregiments,
 - 7. der Dekan des Domstifts St. Petri zu Bautzen, zugleich in seiner Eigenschaft als höherer katholischer Geistlicher, und im Falle seiner Behinderung oder der Erledigung der Stelle einer der drei Kapitularen des Stifts,
 - 8. ein von der Landesynode zu wählender Abgeordneter,
 - 9. die Besitzer der vier sächsischen Lehns herrschaften Rochsburg, Wechsburg, Pernig und Remse durch einen aus ihrer Mitte,
 - 10. fünfzehn auf Lebenszeit durch den Landesulturrat gewählte Besitzer landwirtschaftlicher Grundstücke,
 - 11. zehn auf Lebenszeit von den Handelskammern zu Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen und Aitau und fünf von den Gewerbestämmen gewählte Abgeordnete,
 - 12. die jeweiligen Oberbürgermeister der Städte Dresden, Leipzig, Chemnitz und Plauen,
 - 13. die ersten Bürgermeister in fünf von König zu bestimmenden Städten unter Berücksichtigung aller Regierungsbezirke,
 - 14. fünf von König unter künftiger Berücksichtigung aller Regierungsbezirke zu ernennende Beamte oder nicht beamtete Mitglieder der Selbstverwaltung der mittleren und kleineren Städte, der Landgemeinden, der Bezirks- und Gemeindevorstände,
 - 15. fünfzehn von König auf Lebenszeit ernannte Mitglieder,
 - 16. fünf von den Arbeitervertretern der Oberverwaltungsämter gewählte Vertreter der Industriearbeiter.
- Eine derartige „Reform“ ist natürlich nur Plakat und wird keineswegs die Zustimmung der liberalen Kreise der Zweiten Kammer finden.

Kleine politische Meldungen.

Die Parteiführer bei Adhmann. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. von Adhmann machte gestern den Führern der Parteien des Reichstages vertrauliche Mitteilungen über die Botschafter Verhandlungen. Nachdem er geschlossen hatte, nahm der Vizepräsident Dr. Paasche das Wort, um dem Staatssekretär für seine Ausführungen zu danken und im Namen der anwesenden Abgeordneten dem Bedauern und dem Unwillen darüber Ausdruck zu geben, wie von der „Deutschen Zeitung“ gegen den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit persönlichen Verdächtigungen gekämpft werde. Er sei überzeugt, daß keiner dem widerspreche, daß dieses Eingeleihen persönlicher Verdächtigungen in den politischen Kampf mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden müsse. Diese Ausführungen wurden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Im Anschluß daran sprach der Vizepräsident persönlich sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß auf die gleiche Weise auch eines der bekanntesten und fleißigsten Mitglieder des Reichstages (Waldner? Red.) in der geschätzten Form angegriffen werde. Die Setzungen aller Richtungen hätten sich in auch schon dagegen gemeldet, daß man in dieser Weise das persönliche Gebiet in den politischen Kampf hineingieße.